

1 **Anerkennung der Opfer rechter Gewalt**

2
3 Antragsteller_innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
4

5 Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Berlin möge beschließen:
6 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
7

8 Mindestens 182 Todesopfer rechter Gewalt gab es in Deutschland seit der
9 Wiedervereinigung 1990, davon allein 12 in Berlin. Dies ergibt die zivilgesellschaftliche
10 Zählung der Amadeu-Antonio-Stiftung, des Tagesspiegels und anderen. Nur 58 von ihnen
11 werden von der Bundesregierung anerkannt. Von den Berliner Todesopfern werden von
12 der Bundesregierung und vom Berliner Senat nur zwei anerkannt: Nguyê Van Tu und
13 Silvio Meier (beide 1992 ermordet).

14 Dieser Unterschied ergibt sich vor allem daraus, dass staatliche Stellen (im Gegensatz zu
15 den 1990er Jahren) nur noch solche Fälle zählen, die im polizeilichen Definitionssystem
16 „Politisch motivierte Kriminalität“ erfasst wurden. Hierin werden u.a. Straftaten erfasst,
17 die „gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität,
18 Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund
19 ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder
20 ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang
21 steht“.

22 Es spielt also keine Rolle, ob die Täter_innen Neonazis sind oder eine sonstige rechte
23 Gesinnung haben, sondern ob sie in diesem System polizeilich erfasst wurden. Das
24 aktuelle Erfassungssystem führt daher in der Praxis zu einigen Schwierigkeiten. Zunächst
25 ist die Definition der „Politisch motivierte Kriminalität“ zwar insofern als Fortschritt zu
26 werten, als dass ein Handlungsinstrument zur Bewertung rechter Kriminalität geschaffen
27 wurde, was es in der Form zuvor nicht gab. Doch mit einer fortschrittlichen
28 Antidiskriminierungspolitik ist sie nicht vereinbar, da sie sich auf fragwürdige Begriffe wie
29 „Volkszugehörigkeit“ und „Rasse“ bezieht, anstatt das Problem des Rassismus zu
30 benennen. Die Tat kann auch nur dann als „politisch motiviert – rechts“ eingeordnet
31 werden, wenn etwa eine „Deliktsqualität“, eine „internationale Dimension der Tat“ oder
32 eine „extremistische Ausprägung“ zugrunde liegen. Da die polizeiliche Statistik als
33 Eingangssystem konzipiert ist, muss sie gleich zu Beginn der Ermittlungen gemeldet
34 werden. Das ist durchaus ein Problem: Denn die Einordnung hängt so von der subjektiven
35 Beurteilung der sachbearbeitenden Polizeibeamt_innen ab zu einem Zeitpunkt, zu dem
36 teils noch nicht feststeht, wer der Täter_die Täterin ist. Auch die zuständigen
37 Polizist_innen ordnen Taten nicht immer vorurteilsfrei und wertneutral ein. Später
38 erkannte Fehler (bspw. im Gerichtsverfahren) finden häufig wegen der zeitlichen
39 Verzögerung keinen Eingang mehr in die Statistik. Hierbei spielt auch eine Rolle, das
40 lokale Behörden häufig rechte Gewalt immer wieder herunterspielen, um das Ansehen
41 ihrer Stadt nicht zu gefährden.

42 Ein absurdes Beispiel aus Hallstadt (Bayern): 2011 wurde ein Mensch mit
43 Migrationsgeschichte mit beiden Händen am Hals gewürgt. Als er sich befreien konnte,
44 rief der Angreifer: „So was wie ihr gehört vergast!“ – Die Staatsanwaltschaft führt den Fall
45 nicht als politisch motivierte Kriminalität, sondern als „sonstige Kriminalität“, weil das

46 Würgen an sich nicht als politisch motiviert bewertet wurde.

47 Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Lichtenberg: 2010 wurde Frau V., die in ihrem Auto in der

48 Herzbergstraße fuhr, rassistisch beleidigt, aus ihrem Auto gezerrt und angegriffen. Sie

49 musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden. Die von ihr gerufene Polizei

50 befragte alle, auch die Täterin – nur nicht das Opfer. Frau V. war sicher, dass all dies

51 aufgrund ihrer Herkunft geschah. Die Tat wurde nicht als rechts motiviert erfasst.

52 Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Charlottenburg: Der wohnungslose Kunstmaler Günter

53 Schwannecke wurde 1992 von einem polizeilich bekannten Skinhead, Neonazi und

54 KuKluxKlan-Aktivisten, Norman Z., mit einem Baseballschläger erschlagen, weil sich

55 Schwannecke eingemischt hatte, als Z. und ein weiterer Neonazi Menschen mit

56 Migrationsgeschichte rassistisch beleidigten. Im Gerichtsprozess wurde mündlich

57 klargestellt, dass die Tat wegen der „latenten rassistischen Gesinnung“ des Täters

58 beruhte, so berichtete es damals die Berliner Zeitung. Der Senator Henkel (CDU) stellte

59 Anfang 2012 fest: „Das Gericht erkannte zu keinem Zeitpunkt ein politisches Motiv,

60 sondern stellte fest, dass es dem Täter ausschließlich um die Lust an Gewaltanwendung

61 gegangen ist. Es handelt sich insofern nicht um eine Tat des Phänomenbereiches PMK –

62 rechts.“

63 Das Erfassungssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ führt zu einer Unsichtbar-

64 Machung von rechter und rassistischer Gewalt. Dies ist ein politischer Skandal – der

65 behoben werden kann!

66

67 **Wir fordern** den Berliner Senat auf, eine Reform des Definitionssystems „politisch

68 motivierte Kriminalität“ bundesweit zu erwirken und im Land Berlin soweit möglich vorab

69 einseitige Verfahrenskorrekturen vorzunehmen, das heißt:

70 – eine präzisere Definition im Erfassungskatalog, bspw. wann eine rechte

71 Deliktsqualität vorhanden ist

72 – eine grundsätzliche Prüfung aller Gewalttaten, insbesondere Todesfälle

73 hinsichtlich rechter Tatmotive, hinsichtlich der Gruppenzugehörigkeit des Opfers,

74 diskriminierende Beleidigungen der Täter_innen im Umfeld der Tat, angebrachte

75 Graffitis, symbolische Tatbegehungungen an bestimmten Tatorten oder Jahrestagen etc.

76 – die grundsätzliche Erfassung der Tateinschätzung der Tatopfer, ob sie Opfer

77 rechtsradikaler oder rassistischer Gewalt geworden sind

78 – eine Änderung vom System der Eingangsstatistik hin zu einer Erfassung zu einem

79 späteren Ermittlungsstand

80 – eine regelmäßige Korrektur der Berichte in deutlichem zeitlichen Abstand, sodass

81 auch die Ergebnisse der abschließenden Gerichtsurteile berücksichtigt werden

82

83 **Wir fordern** den Berliner Senat auf, ein Programm aufzustellen zur weiteren

84 Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung.

85

86 **Wir fordern** die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, eine Initiative zu ergreifen zur

87 vorläufigen, einseitigen und politischen Anerkennung der 12 Berliner Todesopfer durch

88 das Land Berlin.